Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Montag, 11. Oktober 2010
Ausgabe 194

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Meldungen **4**
› Ratsbegehren 2. S-Bahn-Röhre: OB Ude warnt vor millionenschwerer Verschwendung von Steuergeldern 4
› OB Ude zur Reform der Jobcenter 5
› Glückwünsche für Dr. Dirk Ippen zum 70. Geburtstag 9
› Dr. Hildegard Hamm-Brücher stiftet Bürgerpreis gegen das Vergessen– für Demokratie 10
› Sozialreferentin Meier fordert armutsfeste Regelsätze 11
› Pandemieplanungen der Landeshauptstadt München 12
› Diskussion „Wirtschaftsstandort München – Wachstumsmotor Life-Sciences?“ 13 13
› Kulturtage Trudering-Riem vom 14. bis 17. Oktober 14
› Spendenaktion – Orthopädische Hilfen für Afghanistan 16
› Sanierung der Stadtbibliothek Maxvorstadt 17
› Jährliche Beseitigungsaktion von Schrotträdern 17
› Performance „DREI / 3 / III“ zur Langen Nacht der Museen 18 im MaximiliansForum 18
› Info-Point „Engagiert leben in München“ 19
› Unfallkasse: Ausstellung im Verkehrszentrum München 20
› Leistungswettbewerb der Bäcker an Städtischer Berufsschule 20
› Duo Faltsch Wagoni in der Stadtbibliothek Moosach 21
› Führung durch die Ausstellung „Das Oktoberfest 1810 - 2010“ 21

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Dienstag, 12. Oktober, 9.30 Uhr,
Aula der Ludwig-Maximilians-Universität
Oberbürgermeister Christian Ude spricht zur Eröffnung der „Statistischen Woche", einer gemeinsamen Fachtagung von VDSt (Verband deutscher Städtestatistiker), DGD (Deutschen Demografischen Gesellschaft) und DStatG (Deutsche Statistische Gesellschaft) zusammen mit nationalen und internationalen Partnern, die jährlich im Herbst in wechselnden Städten durchgeführt wird.

Wiederholung
Dienstag, 12. Oktober, 14 Uhr,
Alte Kongresshalle im Bavariapark, Theresienhöhe 15
Unter dem Motto „Bayer heiratet Sächsin" geben sich drei Hochzeitspaare vor Oberbürgermeister Christian Ude als Münchens oberstem Standesbeamten das Ja-Wort. Mit dieser Dreifach-Hochzeit soll an die Hochzeitsfeierlichkeiten des bayerischen Kronprinzen Ludwig und der Prinzessin Therese von Sachsen-Hildburghausen erinnert werden, die vor genau 200 Jahren den Ursprung des Münchner Oktoberfestes begründeten. Neben Markus Huttner und Christin Berger, die bereits als offizielles Prinzenpaar die Historische Wiesn miteröffnet haben, „trauen" sich Michael Pichler und Mandy Protze sowie Philipp Lakatos und Nadine Schneider. Mit Johann und Liselotte Ott sowie Ludwig und Irmgard Berger nehmen auch zwei bayrisch-sächsische „Ehrenpaare" an der Zeremonie teil, die bereits ihre Goldene Hochzeit haben feiern können.
Im Anschluss an die Trauung findet ein Stehempfang sowie – bei schönem Wetter – eine gemeinsame Ballonfahrt der Paare mit dem Oberbürgermeister statt.

Wiederholung
Dienstag, 12. Oktober, 14 Uhr, Festsaal, AWO-Dorf, Stösserstraße 14, und BildungsLokal Hasenbergl, Linkstraße 56 (ab 18 Uhr)
Bürgermeisterin Christine Strobl eröffnet vor geladenen Gästen die Veranstaltung „Bildung lokal – Chancen für alle im Stadtteil", die anlässlich der Eröffnung des ersten „BildungsLokals" im Stadtteil Hasenbergl (Linkstraße 56) durchgeführt wird. Im Anschluss spricht Stadtschulrat Rainer Schweppe. Danach hält Professor Dr. Hartmut Häussermann, einer der führenden Stadt- und Regionalsoziologen Deutschlands, ein Fachreferat

zum Thema „Bildung im Quartier". Nach der Pause informiert die Leiterin des Projekts „Lokales Bildungsmanagement im Stadtteil" im Schul- und Kultusreferat, Helga Summer-Juhnke, über das Münchner Konzept des „BildungsLokals". Als Abschluss ist eine Podiumsdiskussion mit lokalen Expertinnen und Experten vorgesehen.
Nach der Auftaktveranstaltung im Festsaal an der Stösserstraße sind alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer eingeladen, ab 18 Uhr in den Räumlichkeiten an der Linkstraße 56 die Eröffnung der ersten Münchner BildungsLokals zu feiern. Dieser Teil der Veranstaltung ist öffentlich, alle interessierten Bürgerinnen und Bürger können teilnehmen und sich vor Ort über das BildungsLokal informieren.

Wiederholung
Dienstag, 12. Oktober, 19 Uhr, Hotel Mariandl, Goethestraße 51
Stadträtin Elisabeth Schmucker (CSU) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters zur Eröffnung des Künstlerprojekts „Zimmer frei" im Hotel Mariandl. Veronica und Judith Egger geben eine Performance mit klassischer Musik auf dem verstimmten Klavier des Mariandl.

Mittwoch, 13. Oktober, 10.45 Uhr,
Grundschule an der Haimhauserstraße 23
Vorstellung des Projekts „Uni-Klasse". Speziell ausgestattete Klassenräume an zwei Münchner Schulen ermöglichen mit modernster Aufnahmetechnik, Unterrichtssituationen aufzuzeichnen. Studierenden, Lehrenden und Wissenschaftlern wird damit ermöglicht, Unterricht zu beobachten, zu analysieren und weiterzuentwickeln. Das Konzept wurde vom Institut für Grundschulpädagogik und -didaktik der Ludwig-Maximilians-Univesität München (LMU) entwickelt und zusammen mit dem Schul- und Kultusreferat der Landeshauptstadt München an zwei Schulen umgesetzt.
Nach der Begrüßung durch Schulleiterin Andrea Fischer und Professor Dr. Bernd Huber, Präsident der LMU, sprechen Staatsminister für Unterricht und Kultus Dr. Ludwig Spaenle und Stadtschulrat Rainer Schweppe Grußworte. Weiterer Redner ist Professor Dr. Joachim Kahlert, Direktor des Münchner Zentrums für Lehrerbildung der LMU.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet. Um Anmeldung wird gebeten unter *presse@lmu.de*.

Donnerstag, 14. Oktober, 16.30 Uhr, Parzivalstraße 63
Stadträtin Christiane Hacker (SPD) gratuliert der Münchner Bürgerin Kreszentia Graf im Namen der Stadt zum 100. Geburtstag.

Donnerstag, 14. Oktober, 9.30 Uhr, Großer Sitzungssaal im Rathaus
Auf der Tagesordnung des Sozialausschusses des Stadtrats unter Vorsitz von Bürgermeisterin Christine Strobl steht die Gründung der neuen Stiftung „Münchner Bürgerpreis gegen das Vergessen - für Demokratie". Die Stiftung hat Hildegard Hamm-Brücher initiiert. Die Politikerin und Münchner Ehrenbürgerin wird in der Sitzung anwesend sein. Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.
(Siehe auch unter Meldungen)

Freitag, 15. Oktober, 19.30, Hotel Bayerischer Hof, Promenadeplatz
Oberbürgermeister Christian Ude überreicht dem Verleger Dr. Dirk Ippen die „Medaille München leuchtet – Den Freunden Münchens" in Gold. Neben seinem überaus großen verlegerischen Engagement, für das er bereits im Jahre 2004 mit dem Publizistikpreis der Landeshauptstadt München geehrt wurde, zeichnet sich Dr. Ippen besonders im Sozialbereich durch die Gründung der „Ippen-Stiftung" aus. Der Zweck dieser Stiftung ist die Stärkung von Bürgersinn und bügerschaftlichem Engagement auf lokaler Ebene.

Meldungen

Ratsbegehren 2. S-Bahn-Röhre: OB Ude warnt vor millionenschwerer Verschwendung von Steuergeldern
(11.10.2010) Die FDP hat in Briefen ihres Fraktionsvorsitzenden im Münchner Rathaus sowie in mündlichen Aussagen ihres neuen Münchner Parteivorsitzenden einen Bürgerentscheid zum Thema des 2. S-Bahn -Tunnels gefordert.
Dazu stellt Oberbürgermeister Christian Ude fest: „Der beschlossene Ausbau des infarktgefährdeten S-Bahn-Systems ist das größte Projekt des bayerischen FDP-Verkehrsministers Martin Zeil, das im Bayerischen Landtag nicht nur von der CSU und der SPD, sondern auch von der gesamten FDP-Fraktion unterstützt wird. Offensichtlich möchte die Münchner FDP deshalb eine Auseinandersetzung darüber auf Landesebene vermeiden, da sich ein Volksbegehren gegen die eigene Staatsregierung und die eigene Landtagsfraktion richten würde. Aus diesem Grund soll die Auseinandersetzung auf die kommunale Ebene verlagert werden, wo die FDP - mit Ausnahme der Stimme des Stadtrats und Landtagsabgeordneten Dr. Bertermann - gegen den beschlossenen S-Bahn-Ausbau votierte. Da man sich nicht zutraut, die erforderlichen Stimmen für ein Bürgerbe-

gehren zu sammeln, soll der Bürgerentscheid durch ein Ratsbegehren eingeleitet werden.
Dass dieser Weg grundsätzlich möglich ist, um eine **ablehnende** Haltung der Stadt München zu einem rechtlich angreifbaren Projekt zum Ausdruck zu bringen, zeigte vor einigen Jahren das Ratsbegehren gegen den Transrapid.
Im vorliegenden Fall hat die Stadt München aber den Bau eines 2. S-Bahn-Tunnels seit über einem Jahrzehnt dringend gefordert und mit großer Stadtratsmehrheit begrüßt. Deshalb müsste die Fragestellung sinngemäß wie folgt lauten: *'Sind Sie ebenso wie der Münchner Stadtrat dafür, dass die Stadt München den Bau eines S-Bahn-Tunnels nicht gerichtlich angreift, weil eine solche Klage nicht im städtischen Interesse läge und keinerlei Erfolgsaussicht hätte?'* Wer für diesen schlechten Scherz rund eine Million Euro ausgeben möchte, wird beim Steuerzahler, der die Zeche schließlich begleichen muss, keinerlei Verständnis finden."

OB Ude zur Reform der Jobcenter

(11.10.2010) Oberbürgermeister Christian Ude ist in den vergangenen Wochen von den Personalvertretungen der Arbeitsgemeinschaft München und des Sozialreferates gebeten worden, sich dafür einzusetzen, dass die Stadt München beantragt, als Optionskommune zugelassen zu werden. In einem Antwortbrief machte der Oberbürgermeister jetzt deutlich, dass er Verständnis dafür habe, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus verschiedenen Gründen lieber unter dem Dach der Landeshauptstadt München beschäftigt sein möchten. Ude stellte aber auch klar, warum er sich in Übereinstimmung mit allen vier zuständigen städtischen Referatsleitungen (Sozialreferat, Referat für Arbeit und Wirtschaft, Stadtkämmerei und Personal- und Organisationsreferat) nicht in der Lage sieht, diesem Wunsch zu entsprechen. Als Chef der Verwaltung trage er die Verantwortung für die Organisation der Stadtverwaltung und die Umsetzung von Beschlüssen des Stadtrats, deshalb könne er keine vorhersehbaren Risiken organisatorischer, finanzieller und politischer Art eingehen. Im Einzelnen begründet der OB seine Entscheidung wie folgt:

1. Die gemeinsame Einrichtung ist der vom Verfassungsgeber vorgesehene Regelfall

Am 17. Juni hat der Bundestag die Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung im SGB II beschlossen. Für die notwendige Grundgesetzänderung stimmte eine Zweidrittelmehrheit aus CDU, CSU, SPD und FDP, um den neuen Artikel 91e GG, der künftig die gemeinsame Betreuung von Langzeitarbeitslosen durch Bundesagentur für Arbeit und Kommune erlaubt, in

die Verfassung einzufügen. Der Bundesrat hat am 9. Juli die Entscheidung des Bundestags bestätigt.
Die Struktur der Zusammenarbeit von Bundesagentur für Arbeit (BA) und Kommunen bleibt damit erhalten und die Bezieher von Arbeitslosengeld II bekommen weiterhin Hilfe aus einer Hand. Der Verfassungsgeber hat entschieden, dass die gemeinsame Einrichtung der Regelfall und die Zulassung als Optionskommune die Ausnahme bleibt. Von den 438 Jobcentern in Deutschland werden drei Viertel nach dem gesetzlichen Regelfall als gemeinsame Einrichtung und nur ein Viertel (insgesamt maximal 110) als Optionsmodell ausgestaltet.

2. Es existiert kein Wahlrecht zwischen gemeinsamer Einrichtung und Option

Es besteht kein Wahlrecht der kommunalen Gebietskörperschaften zwischen gemeinsamer Einrichtung oder Option. Die kreisfreien Städte und Landkreise haben lediglich die Möglichkeit, sich als kommunaler Träger zu bewerben. Ein Rechtsanspruch auf Zulassung existiert nicht. Die Chancen, ob eine kreisfreie Stadt oder ein Landkreis die Möglichkeit der Option eingeräumt bekommt, sind ungewiss. Es existiert also keinerlei Sicherheit darüber, ob ein Antrag auf Zulassung als Optionskommune Erfolg hätte. Mit Sicherheit kann nur gesagt werden, dass ein Antrag die Zusatzbelastung mit sich bringen würde, sich gleichzeitig auf zwei Modelle vorbereiten zu müssen, da unklar ist, ob die Stadt die Betreuung der Langzeitarbeitslosen ab 1. Januar 2012 in einer gemeinsamen Einrichtung oder als Optionskommune wahrnimmt.

3. Keine Kommunalisierung der Langzeitarbeitslosigkeit!

Der Anstieg der Kosten für die Dauerarbeitslosigkeit ist für Kommunen bis zur Reform der Arbeitsmarktpolitik zu einem der größten finanziellen Probleme geworden. Daher ist die Übernahme der Verantwortung des Bundes hierfür eine langjährige Forderung des Deutschen Städtetages gewesen. Die Arbeitsmarktpolitik für den großen Kreis der Langzeitarbeitslosen muss im Zusammenhang mit den wirtschaftspolitischen Steuerungsinstrumenten (Transfer-, Geld-, Zins-, Währungs- und Steuerpolitik sowie Lohnkosten) ausgerichtet werden und gehört in die Zuständigkeit des Bundes.
Die Bewältigung von Langzeitarbeitslosigkeit ist keine kommunale Aufgabe, die sich in den Grenzen einer Stadt oder eines Landkreises lösen lässt. Die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen lässt sich auch nicht auf den örtlichen Wirkungskreis der Gebietskörperschaften begrenzen. Sie ist eine nationale Aufgabe, die beim Bund angesiedelt bleiben muss.
Vor allem hätten die Kommunen im Falle einer Option die ***politische Verantwortung*** für die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Die Quote der Langzeitarbeitslosigkeit würde regelmäßig zum Thema der Kommunal-

politik werden. Gleichzeitig würde der Bund aus seiner politischen Verantwortung für die Langzeitarbeitslosigkeit entlassen. Die Erwartung, eine Aufgabenübertragung auf die Kommune ginge mit einer dauerhaft und nachhaltig abgesicherten Finanzierung durch den Bund einher, ist angesichts langjähriger Erfahrung mit Aufgabenverlagerungen seitens des Bundes auf die Kommunen illusorisch.
Beim Thema Dauerarbeitslosigkeit gibt es keinen Interessengegensatz von Bundesagentur und Kommunen in dem Sinn, dass die Bundesagentur an einer Vermittlung interessiert sei, die Kommunen aber nicht. Es gibt auch keinen Grundsatz, wonach Versorgung besser ist als Vermittlung. Vielmehr existiert die gemeinsame Aufgabe, ein Höchstmaß an Vermittlung zu erreichen und zu ermöglichen; wo sie nicht möglich ist, bleibt die Kommune für die sozialen Konsequenzen zuständig.

4. München – Beispiel für erfolgreiche Zusammenarbeit

Die gemeinsame Verantwortung von Bundesagentur und Kommunen ist der größte strukturelle Fortschritt für die Kommunen in Deutschland seit Jahrzehnten. Nach anfänglichen unleugbaren Problemen erzielt gerade die Münchner ARGE die besten Ergebnisse in dieser Zusammenarbeit und erreicht für 2010 die drei Zielvorgaben des Bundesarbeitsministeriums (Stand August 2010). Die Erfolge dieser Zusammenarbeit sind bundesweit anerkannt. So wurde etwa bei den passiven Leistungen die Begrenzung des Anstiegs auf 4 Prozent zu 100 Prozent erfüllt; die Integrationsquote (Arbeit; Ausbildung; formale Qualifizierung) liegt mit 14,5 Prozent um zirka 20 Prozent über der Vorgabe (12,2 Prozent). Damit schneidet die ARGE München im bundesweiten Vergleich sehr gut ab. Diese Erfolge sind nicht etwa ohne die Agentur für Arbeit, sondern in Zusammenarbeit mit ihr möglich geworden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ARGE München haben hier eine hervorragende Arbeit geleistet.

5. IT-Infrastruktur

Das IT-Problem ist nicht lediglich ein Randthema, sondern für den Verwaltungsvollzug ein Zentralthema. Die Verausgabung von 8,6 Millionen Euro als Investitionskosten für die IT im Falle der Zulassung als Optionskommune wäre eine unverantwortliche und vorsätzliche Verschleuderung von Steuergeldern, da diese Ausgabe in vollem Umfang vermieden werden kann. Für die Übergangszeit bis zur Einsatzfähigkeit einer eigenen IT ist ein Verwaltungschaos zu befürchten, das der Stadtrat im Falle der Zustimmung zur Option vorhersehbar und vorsätzlich herbeiführen würde. Sowohl für die Geldverschwendung für die IT-Investitionen als auch für eine vorübergehende Arbeitsunfähigkeit der Verwaltung lehne ich als Oberbürgermeister jegliche Verantwortung ab.

6. Personal

Von den gut 900 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ARGE München sind zirka 40 Prozent keine städtischen Mitarbeiter. Die Stadt müsste nach der vorgesehenen Regelung von der Agentur für Arbeit im Falle der Option rund 300 externe Arbeitskräfte in den städtischen Dienst übernehmen. Diese Stellenmehrung, die der Stadt in künftigen Jahren mit Sicherheit von vielen Seiten vorgehalten würde, wäre aber nicht mit einer entsprechenden Ausweitung des städtischen Leistungsangebots verbunden, sie würde vielmehr nur der Entlastung der Bundesagentur dienen. Im Falle eines Rückgangs der Dauerarbeitslosigkeit hätte die Stadt die zusätzliche Aufgabe der anderweitigen Verwendung des übernommenen und auf Arbeitsvermittlung spezialisierten Personals, im Falle einer Zunahme der Dauerarbeitslosigkeit hätte die Stadt an Stelle der bundesweit agierenden Agentur für Arbeit die Aufgabe, zusätzliches Personal zu rekrutieren. Das nunmehr gefundene Verhandlungsergebnis über eine Münchner Kooperationsvereinbarung für eine gemeinsame Einrichtung von Agentur für Arbeit und Stadt ist besonders im bundesweiten Vergleich sehr positiv zu bewerten. Die BA hat sich zum Beispiel beim Fallzahlenschlüssel, bei der Führungsspanne und bei der Zugangssteuerung bewegt. Callcenter konnten sogar ganz verhindert werden und auch das SBH-Konzept als solches bleibt erhalten. Alles in allem stellt der ausgehandelte Kompromiss auch aus Sicht der Beschäftigten ein gutes Ergebnis dar.

7. Vorgaben für beide Modelle identisch!

Die Bundesagentur hat bei allen Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden betont, dass sämtliche Vorgaben für gemeinsame Einrichtungen selbstverständlich auch für Optionskommunen gelten. Wann immer eine Optionskommune von den Vorgaben der Bundesagentur bzw. des Bundesarbeitsministeriums abweicht, bleibt sie auf den Mehrkosten sitzen. Wer von diesen Vorgaben zugunsten der Mitarbeiter (z.B. Personalschlüssel) oder der Leistungsbezieher abweichen möchte, löst also Mehrkosten aus, die der Münchner Hoheitshaushalt zu tragen hätte. Die These, wonach das Optionsmodell kostengünstiger sei, ist daher nicht nachvollziehbar.

8. Organisationswechsel am laufenden Band

Mit dem Antrag auf ein Optionsmodell würde eine durch nichts zu rechtfertigende organisatorische Unsicherheit heraufbeschworen und perpetuiert:

a) Bis zum Inkrafttreten der Hartz-IV-Reformen am 1. Januar 2005 existierte eine getrennte Aufgabenwahrnehmung
b) Ab 1. Januar 2005 erfolgte die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe und die Gründung der ARGE

c) Aufgrund des Bundesverfassungsgerichtsurteils Beendigung der ARGE zum 31. Dezember 2010 und Bildung einer gemeinsamen Einrichtung ab 1. Januar 2011
d) Ein Optionsmodell ab 1. Januar 2012 wäre somit die ***vierte Organisationsform*** innerhalb eines Jahrzehnts und die erste ohne funktionierende IT!

9. Einmütige Haltung der deutschen Großstädte

Außer der Stadt Essen, die aber bei der Frage der Vergabe von IT-Aufträgen nach Auskunft der städtischen Juristen von einer unzutreffenden rechtlichen Annahme ausgeht, hat keine einzige der anderen zwölf größten Städte Deutschlands die Option beschlossen, also weder Berlin, Köln, Dortmund, Stuttgart, Düsseldorf, Bremen, Hannover, Leipzig, Dresden, Nürnberg, noch die schwarz/grün regierten Städte Hamburg und Frankfurt am Main.
Aus den genannten Gründen halte ich eine Bewerbung als Optionskommune ebenso wie die anderen großen deutschen Städte für nicht vertretbar.

Glückwünsche für Dr. Dirk Ippen zum 70. Geburtstag

(11.10.2010) Oberbürgermeister Christian Ude gratuliert Dr. Dirk Ippen zum bevorstehenden 70. Geburtstag: „Anlässlich Ihres 70. Geburtstages möchte ich Ihnen auch zu Ihrem verlegerischen Wirken gratulieren, das mittlerweile seit fast drei Jahrzehnten eng mit München verbunden ist und das ich für einen Glücksfall für die Münchner Medienlandschaft halte – eine Meinung, die zum Beispiel auch von der Jury des städtischen Publizistikpreises geteilt wurde, der Ihnen bereits im Jahr 2004 verliehen wurde. Als Mitglied der Journalistengewerkschaft habe ich Dr. Ippen noch entgegengezittert, als er 1982 die Zeitungsgruppe erwarb, zu der der Münchner Merkur und die tz gehören – ihm eilte der Ruf des Sanierers voraus. Aber seit der ersten Begegnung habe ich Sie als engagierten und konsequent liberalen Unternehmer kennen gelernt. Heute wissen wir sehr zu schätzen, dass Sie diese beiden Zeitungen übernahmen und durch ihr kluges verlegerisches Handeln langfristig sicherten. Denn gerade die für viele Medienunternehmen wirtschaftlich schwierigen letzten Jahre haben uns verdeutlicht, dass nur ein wirtschaftlich gesunder Verlag auf Dauer unabhängigen Journalismus – und Arbeitsplätze für Journalisten – bieten kann.
Der Münchner Merkur hat unter Ihrer Ägide in den letzten 25 Jahren erheblich an Auflage und auch an kritisch-liberalem Profil gewonnen, was sicherlich auch mit zum wirtschaftlichen Erfolg beigetragen hat. Mit der tz ist es Ihnen gelungen, auch auf dem besonders hart umkämpften Boulevard-Markt verlegerischen Erfolg und journalistische Qualität zu verbinden.

Gemäß Ihrem Credo ‚All politics are local' setzten Sie von Anfang an auf die lokale Verwurzelung der Berichterstattung und nahmen damit eine Vorreiterrolle ein. Heute sucht die Vielfalt und Qualität lokaler und regionaler Berichterstattung am Medienstandort München bundesweit ihresgleichen – was auch einem breiten öffentlichen Interesse an kommunalpolitischen Themen nur förderlich sein kann. Zusammenfassend lässt sich also sagen: Wir können uns glücklich schätzen, dass Ihr Engagement als ‚bundesweiter Lokalverleger' einen besonderen Schwerpunkt in München und Umgebung hat.
Besonders erfreulich ist nicht zuletzt, dass Sie die gute Münchner Tradition wieder aufgegriffen haben, nach der erfolgreiche Unternehmer auch Mäzene sind. Zu nennen sind hier etwa die im Jahr 2000 gegründete gemeinnützige Ippen-Stiftung für kulturelle und soziale Anliegen in den Erscheinungsorten Ihrer Zeitungen und die überaus großzügige Spende, mit der Sie zur Realisierung des Jüdischen Museums München beigetragen haben.
Für die Zukunft wünsche ich Ihnen viel Freude an Ihren weiteren verlegerischen Aktivitäten, vor allem aber Gesundheit und persönliches Wohlergehen."

Dr. Hildegard Hamm-Brücher stiftet Bürgerpreis gegen das Vergessen – für Demokratie

(11.10.2010) Auf der Tagesordnung des Sozialausschusses des Münchner Stadtrats steht am Donnerstag,14. Oktober, die Gründung der neuen Stiftung „Münchner Bürgerpreis gegen das Vergessen – für Demokratie". Die Stiftung hat Dr. Hildegard Hamm-Brücher initiiert und mit einem Kapital von 50.000 Euro ausgestattet. Die Stiftung wird alle zwei Jahre einen Preis vergeben an einzelne Personen, Gruppen oder Schulklassen, die sich in besonders aktiver Weise mit den Erblasten nationalsozialistischen Denkens und Handelns auseinandersetzen und sich aktiv gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus engagieren. Außerdem sollen Personen ausgezeichnet werden, die in besonderer Weise gegen soziale Ungerechtigkeit, kulturelle und materielle Ausgrenzung eintreten und sich aktiv mit Zivilcourage für ein solidarisches demokratisches Zusammenleben engagieren. Die erste Preisverleihung wird am 9. Mai 2011 stattfinden. Die Münchner Ehrenbürgerin Dr. Hildegard Hamm-Brücher will mit der Stiftung die Erinnerung an das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte wach halten und zur Stärkung der Demokratie beitragen. Sie hat sich seit 1945 für den Aufbau und das Wachsen eines freiheitlichen, menschenwürdigen und demokratischen Gemeinwesens in Deutschland eingesetzt. Die Stiftung „Münchner Bürgerpreis gegen das Vergessen – für Demokratie" wird von der Stiftungsabteilung im Sozialreferat verwaltet.

Sozialreferentin Meier fordert armutsfeste Regelsätze

(11.10.2010) Sozialreferentin Brigitte Meier hat sich im Rahmen einer Pressekonferenz zu ihren ersten 100 Tagen im Amt für eine Neuberechnung des SGB II-Regelsatzes für Kinder ausgesprochen. Dabei sollen die Kosten für soziale Teilhabe und Bildung angemessen berücksichtigt werden. Als Beispiel nannte sie den vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales errechneten Jahresbeitrag im Sportverein in Höhe von 30 Euro. Für Brigitte Meier ist dies viel zu niedrig: „Kinder werden weiterhin auf Spenden- und Stiftungsmittel angewiesen sein. Der Wohlfahrtstaat darf nicht zum Almosenstaat werden."

Kerngeschäft der ersten 100 Tage war die Zukunft der Arbeitsgemeinschaft für Beschäftigung München GmbH (ARGE). Die Sozialreferentin wird zusammen mit dem Kämmerer, dem Personalreferenten, dem Wirtschaftsreferenten und dem Direktorium dem Stadtrat vorschlagen, für eine gemeinsame Einrichtung von Stadt und Agentur für Arbeit in den Sozialbürgerhäusern zu stimmen. „Aus Sicht des Sozialreferats wäre eine alleinige Aufgabenwahrnehmung bürgerfreundlicher und mitarbeiterfreundlicher, doch wir wollen uns nicht die kommunale Alleinverantwortung für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufbürden."

Erfreulich waren die Ergebnisse mehrerer Studien, in denen München, der Stadt mit dem bundesweit höchsten Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund (36 Prozent), die beste Integrationsleistung bescheinigt wurde. Im nächsten Jahr wird der 1. Münchner Integrationsbericht erscheinen, der die Ergebnisse der Integrationspolitik beleuchtet und auch Handlungsbedarf aufzeigt. Positiv wertet Brigitte Meier die Kooperation mit dem neuen Schulreferenten. Gemeinsam werde man Strategien zur Bekämpfung von Armut und zur Verbesserung von Bildungschancen entwickeln.

Die Teilhabe von Seniorinnen und Senioren wird ebenfalls große Zukunftsaufgabe sein. Ab Dezember startet ein Modellprojekt, bei dem alleinstehende Menschen älter als 75 Jahre zu Hause besucht werden. Mit diesem Präventionsprojekt sollen rechtzeitig Altersarmut, Vereinsamung oder akute Krisen vermieden werden.

Eine sozialpolitische Herausforderung ist die Sicherung von günstigem Wohnraum. Mit Hochdruck und mit neuen Partnern wie den Stadtwerken und den Wohnungsbaugesellschaften sollen neue Kompro B- und C-Wohnungen gebaut werden. Auch die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention steht auf der Agenda. Im nächsten Jahr wird dem Stadtrat ein Aktionsplan zur kommunalen Umsetzung vorgeschlagen. Sorge bereitet die Entwicklung der Finanzen. 2011 müssen 6,28 Millionen Euro eingespart werden, ab 2012 werde die Konsolidierung eine wahre Herausforderung, ohne gleichzeitig das soziale Netz zu zerstören.

Die Rede der Sozialreferentin kann unter *www.muenchen.de/soz/presse* heruntergeladen werden.

Pandemieplanungen der Landeshauptstadt München

(11.10.2010) Bereits seit dem Jahr 2005 beschäftigt sich die Stadt München mit Planungen und Vorbereitungsmaßnahmen, um für den Fall einer Influenzapandemie gerüstet zu sein. Um die erforderlichen Maßnahmen innerhalb der Stadtverwaltung zu koordinieren und im Ernstfall die nötigen Abwehrmaßnahmen zu initiieren, wurde bereits im Jahr 2008 ein Stab für außergewöhnliche Ereignisse (SAE) „Influenzapandemie" unter der Leitung des Kreisverwaltungsreferates eingerichtet. Dieser ist zudem mit der Erstellung des Katastrophenschutz-Sonderplans für eine Influenzapandemie („Pandemieplan") beauftragt.

Ziele der Pandemieplanungen in der Stadt München sind:

– die Sicherstellung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung
– die Aufrechterhaltung lebensnotwendiger Funktionen der Stadtverwaltung
– die Arbeitsmedizinische Vorsorge für Beschäftigte der Stadtverwaltung
– die Aufrechterhaltung essentieller Dienste für den Bürger
– die Sicherstellung der Öffentlichkeitsarbeit im Pandemiefall

Angesichts der raschen Ausbreitung der so genannten Schweinegrippe im Jahr 2009 liefen die Planungen auf Hochtouren, so dass der Kern des Pandemieplans nun fertiggestellt werden konnte. Neben den medizinischen Grundlagen beinhaltet dieser auch einen betrieblichen Plan zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der Landeshauptstadt München. Hierin werden die Rahmenbedingungen erarbeitet, die die Personalstellen und Führungskräfte in den Referaten beachten müssen, um ihren referatsspezifischen Pandemieplan erstellen zu können.

Verantwortlich für die Erstellung dieser referatsspezifischen Pandemiepläne sind die so genannten Pandemiebeauftragten. Pandemiebeauftragte haben darüber hinaus folgende Aufgaben:

– Sie nehmen Aufträge des SAE entgegen, speisen sie in die Referatsstruktur ein und sorgen für deren Erledigung innerhalb des gesetzten Terminrahmens.
– Sie sammeln Fragen aus dem Referat, bereiten sie auf und leiten sie an den SAE.
– Sie haben im Referat eine Multiplikatorfunktion, um bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern das Problembewusstsein für die Pandemie zu schaffen.

Teil der referatsspezifischen Pandemiepläne ist zudem die Festlegung der unverzichtbaren Dienstleistungen, die zur Regelung des öffentlichen Lebens und/oder zum Schutz von Leib und Leben der Bürgerinnen und Bür-

ger unbedingt aufrecht erhalten oder sogar im höheren Maße erbracht werden müssen. Die Definition der unverzichtbaren Dienstleistungen erfolgt in vier Prioritäten:

– Priorität 1: absolut unverzichtbar
– Priorität 2: unverzichtbar
– Priorität 3: bedingt unverzichtbar
– Priorität 4: verzichtbar.

Die absolut unverzichtbaren Dienstleistungen wurden für alle städtischen Referate zentral festgelegt. Dazu zählen unter anderem die Referats-, Geschäfts-, Hauptabteilungs-, Abteilungsleitungen, Pandemie-Krisenstäbe (SAE-Influenzapandemie, referatsinterne Stäbe und Pandemiebeauftragte), SIV-Dienste und EDV-Administration, Sicherheit und Ordnung zum Beispiel Verkehrssteuerung, Feuerwehr, Notarztdienst, Straßenreinigung, Abfallbeseitigung, Bestattung sowie Amts- und Betriebsärzte und medizinisches Assistenzpersonal. Die Definition der Prioritäten 2 bis 4 obliegt den Referaten in eigener Zuständigkeit.

Zu den Vorbereitungsmaßnahmen zählt zudem auch die Beschaffung von Arbeitsschutz-ausstattungen für die städtischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Dabei handelt es sich um 164.000 Liter Händedesinfektionsmittel, 10.000 Atemschutzmasken samt 200.000 Filtereinsätze, 8.500 Infektionsschutz-Sets sowie 1.200 Ersthelfersets zu Übungszwecken. Für die Beschaffungen sowie für Umbaumaßnahmen zur Lagerung des Materials wurde durch die Kämmerei im Jahr 2009 eine zentrale Finanzierung von 1,64 Millionen Euro bereitgestellt.

Mit diesen Anschaffungen sowie durch den Abschluss der Kernbestandteile des Pandemieplans ist die Stadtverwaltung München nunmehr auf den Ausbruch einer Pandemie beziehungsweise eines sonstigen Seuchengeschehens gut vorbereitet.

Diskussion „Wirtschaftsstandort München – Wachstumsmotor Life-Sciences?“

(11.10.2010) Am 14. Oktober, 14 Uhr, findet im Großen Sitzungssaal des Rathauses im Rahmen der Münchner Zukunftsreihe die Podiumsdiskussion „Wirtschaftsstandort München – Wachstumsmotor Life-Sciences?“ statt. Der Life Sciences-Sektor ist für den Wirtschaftsstandort München von großer Bedeutung; er nimmt innerhalb Deutschlands eine Spitzenposition ein. Dabei ergeben sich insbesondere im Bereich der roten Biotechnologie aufgrund der zahlreichen Inventionen erhebliche Auswirkungen auf den Gesundheitssektor.

Welche Chancen und Risiken bestehen im Bereich der Life Sciences? Welche Auswirkungen sind von den biotechnologisch hergestellten Arzneien

auf das Gesundheitssystem zu erwarten und wie sind die Erwartungen der Gesundheitswirtschaft an die politischen Entscheidungsträger?
Nach einem kurzen Impulsvortrag von Prof. Dr. Horst Domdey, werden diese und andere Fragen folgende Teilnehmer auf dem Podium diskutieren:

– Prof. Dr. Horst Domdey, Geschäftsführer der BioM und des Bayerischen Biotechnologieclusters
– Ralf Göddertz, Geschäftsführer der Daiichi Sankyo Deutschland GmbH
– Dr. Christoph Then, Geschäftsführer der Organisation Testbiotech e.V.
– Gerhard Potuschek, bayerischer Landesgeschäftsführer der Krankenkasse Barmer GEK

Moderation: Oberbürgermeister Christian Ude
Es wird um Anmeldung gebeten unter *www.muenchen.de/zukunft* oder per Fax: 2 33-2 72 90.

Kulturtage Trudering-Riem vom 14. bis 17. Oktober

(11.10.2010) Mit Stadtteilwochen und Kulturtagen fördert und stärkt das Kulturreferat regelmäßig kulturelles Engagement in den Stadtteilen: Sie bieten den breit gefächerten künstlerischen Aktivitäten in den Stadtteilen eine Bühne und geben Gelegenheit, das Stadtviertel sowie seine vielfältigen Initiativen und Projekte im sozialen, ökologischen und künstlerischen Bereich kennen zu lernen. Unter dem Motto „Wir machen was!“ veranstalten das Kulturreferat und der Bezirksausschuss 15 Trudering-Riem unter Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Christian Ude vom Donnerstag, 14., bis Sonntag, 17. Oktober, die Kulturtage in Trudering-Riem. In diesen vier Tagen wird im 15. Stadtbezirk an 28 verschiedenen Spielorten Kultur pur geboten.
Hauptveranstaltungsorte der Kulturtage sind die beiden großen Kulturzentren in Trudering und in der Messestadt. Darüber hinaus werden auch die vorhandenen öffentlichen und Stadtteilkultur-Einrichtungen im gesamten Stadtteil, wie zum Beispiel die Gaststätte Obermaier, die Sophienkirche, das Alten- und Servicezentrum Riem, die Infobox am Edinburghplatz, die Stadtbibliothek Waldtrudering oder das Zentrum für Freizeit und kulturelle Bildung Quax als Spielorte genutzt werden.
Über 150 Vereine, Institutionen, soziale und kirchliche Organisationen, Einzelkünstleinnen und -künstler und Künstlergruppen beteiligen sich am Programm mit insgesamt 85 Einzelveranstaltungen.
Was die künstlerische Bandbreite der Kulturtage betrifft, ist für jeden Geschmack etwas dabei: Konzerte, Theateraufführungen, Kabarett, Ausstellungen, Lesungen, Kinderaktionen und vieles mehr.
Im Kulturzentrum Messestadt in den Riem-Arcaden ist die Kabarett-Szene durch „Peter Spielbauer“ und „Björn Pfeffermann“ vertreten. Aber auch

Musikerinnen und Musiker aus dem Stadtteil kommen hier nicht zu kurz. „Jazz Prefered“ und die „Singphonie-Musicalmagie-Musicalgruppe” werden die Messestadt musikalisch beleben.
Im Kulturzentrum Trudering treten unter anderem das „Rudi Zapf Trio“, „Wasungu“, „Werner Meier“, und „Anna M. Spies“ auf. Am Samstag zeigen vier Truderinger Bands dort beim Bandfestival ihr Können. Und am Sonntag findet unter anderem eine große „Kirta“ mit Tanz, bairischer Folklore, Goaslschnalzern, Alphornbläsern, Musik und Gesang statt (Eintritt 10 Euro). Darüber hinaus präsentieren im Truderinger Kulturzentrum dreizehn Künstlerinnen und Künstler mit ihren Ausstellungen einen Querschnitt durch die Künstlerszene in Trudering und Riem.
Vereine, Initiativen und Institutionen aus dem Stadtteil stellen sich in Form von Aktionen, Bühnendarbietungen und Infoständen am Samstag, 16. Oktober, im Kulturzentrum Trudering von 13 Uhr bis 18 Uhr und am Sonntag im Kulturzentrum Messestadt von 14 bis 18 Uhr vor.
Und auch für die Kleinen ist während der vier Tage gut gesorgt, wie zum Beispiel mit verschiedenen Mitmach- und Spielaktionen im „Quax“, Zentrum für Freizeit und kulturelle Bildung, beim „Äktschn-Spielbus“(Freitag) oder bei der Filmclipwerkstatt (Samstag und Sonntag). In der Turnhalle am Dompfaffweg ist ein In-Door-Spielplatz eingerichtet und das Kindertheater „Wie Hase und Igel Freunde wurden“ (Samstag, Waldkindergarten) oder das Figurentheater Moussong sorgen mit dem Stück „Lumpengesindel auf Reisen“ (Donnerstag, Stadtbibliothek Waldtrudering) für Unterhaltung für Kinder ab vier Jahren.
Im Rahmen der Kulturtage findet vom Freitag bis Sonntag auch das 1. Internationale Drehorgeltreffen in Riem statt. Zum Auftakt gibt es ein großes Platzkonzert vor dem Novotel bei den Riem-Arcaden. Zum Abschluss findet am Sonntag um 11 Uhr ein Klassik-Konzert am Platz der Menschenrechte und der Abmarsch der Drehorgelleute (ca. 13 Uhr) statt.
Die Infobox am Edinburghplatz wird während der Kulturtage zu einem Ort der Kunst und Kultur: Neben verschiedenen Ausstellungen, die die ganzen vier Tage zu sehen sind, wird dort am Samstag ein Jazzkonzert mit Lesung und am Sonntag ein weiteres Abschlusskonzert mit der Band Föhnzauber realisiert.
Vom 14. bis 17. Oktober, 9 bis 18 Uhr, gibt es in der Sophienkirche Gelegenheit, sich über das Ergebnis der Ausschreibung des internationalen Wettbewerbs „Kunst in der Messestadt Riem“ zu informieren. Bei dem Kunstwettbewerb wurde ein dauerhaftes Kunstwerk speziell für die Messestadt Riem unter Berücksichtigung städtebaulicher und historischer Gegebenheiten international ausgeschrieben. Neben dem Siegerentwurf des Künstlers Panamarenko werden auch die vier weiteren Wettbewerbsentwürfe der teilnehmenden Künstlerpersönlichkeiten präsentiert. Zur Finissage am

Sonntag, 17. Oktober, um 18 Uhr sind Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner des Kulturreferats für Fragen rund um den Kunstwettbewerb anwesend.
Über geschichtliche oder architektonische Bezüge zum Stadtteil informieren verschiedene Vorträge, Filme und Führungen: so berichtet Peter Wagner zur Stadtteilgeschichte Waldtruderings, Horst Stenzer zeigt Kurzfilme aus und über die Messestadt und Michael Lappers beschäftigt sich mit „Was heißt hier eigentlich Kunstprojekt? White Cubes". Ein Kunstspaziergang führt über die neue Messe München und eine Führung hat die Riemer Friedhöfe zum Thema.
Und ganz aktuell wird am Sonntag, 17. Oktober, um 13.30 Uhr im Kulturzentrum Trudering der neue vom Kulturreferat herausgegebene Kulturgeschichtspfad Trudering-Riem erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt: Damit können historisch bedeutsame Orte und Ereignisse in Trudering-Riem auch nach den Kulturtagen nochmals bei einem Rundgang erforscht werden.
Das ausführliche Programm mit weiteren Informationen ist kostenlos in der Stadtinformation im Rathaus,in verschiedenen Gaststätten und Geschäften im Stadtbezirk, in den Kulturzentren Trudering und Messestadt Riem erhältlich sowie im Internet unter *www.muenchen.de/stadtteilkultur* abrufbar. Der Eintritt zu allen Veranstaltungen (mit Ausnahme Truderinger Kirta) ist frei.
Nähere Infos erteilt auch das Kulturreferat unter Telefon 2 33-2 81 25.

Spendenaktion – Orthopädische Hilfen für Afghanistan

(11.10.2010) Das Umweltnetz München-Ost sammelt gemeinsam mit dem Büro für Rückkehrhilfen im Sozialreferat und dem Verein „Empor – Aufbauhilfe Afghanistan" gebrauchte Prothesen, Krücken, Gehstöcke, Rollstühle und Werkzeuge aller Art. Wali Nawabi, der Mitbegründer des Vereins Empor, gibt die Sachspenden an Bedürftige in Afghanistan weiter. Der ausgebildete Orthopädietechniker versorgt in den von Empor geförderten Werkstätten in Kabul und Kunduz Behinderte und Kriegsgeschädigte mit orthopädischen Hilfen. Die Sachspenden können am Samstag, 16. Oktober, von 13 bis 17 Uhr im Michaeli-Gymnasium, Hachinger-Bach-Straße 25, abgegeben werden.
In jedem fünften Haushalt in Afghanistan lebt eine behinderte Person, die Opfer von Minen, Granatsplittern, Kinderlähmung oder Missbildungen geworden ist. Viele dieser Menschen sind mittellos und können die Versorgung mit orthopädischen Hilfsmitteln nicht bezahlen. Durch Sach- und Geldspenden aus München können Wali Nawabi und sein Team auch diesen Menschen helfen. Das Sozialreferat fördert das Projekt seit dem Jahr

2003, seit 2005 wird jährlich ein Container mit Sachspenden beladen und nach Afghanistan geschickt.
Weitere Informationen über das Projekt in Afghanistan und den Verein Empor sind im Internet abzurufen unter *www.muenchen.de/reintegration* oder *www.afghanempor.com.* Kontakt zum Sozialreferat, Telefon 2 33-4 06 19, Kontakt zum Umweltnetz München-Ost, Telefon 43 27 64.

Sanierung der Stadtbibliothek Maxvorstadt
(11.10.2010) Die Stadtbibliothek Maxvorstadt, Augustenstraße 92, Telefon 52 56 85, ist vom 18. Oktober bis 28. November geschlossen. Der Aufzug und die sanitären Anlagen werden erneuert und die Büroräume renoviert. Die ausgeliehenen Medien werden automatisch bis zum 3. Dezember verlängert, können aber auch in jeder anderen Stadtbibliothek zurückgegeben werden. In der Nachbarschaft liegt die Stadtbibliothek Schwabing in der Hohenzollernstraße 16. Zudem können Nutzerinnen und Nutzer rund um die Uhr e-Medien in der Virtuellen Bibliothek auf *www.muenchner-stadtbibliothek.de* ausleihen und einfach nach Büchern, CDs und DVDs im gesamten Bestand suchen. Ab 29. November ist die Stadtbibliothek Maxvorstadt zu den gewohnten Öffnungszeiten montags bis freitags 10 bis 19 Uhr und mittwochs 14 bis 19 Uhr mit über 30.000 Medien wieder geöffnet.

Jährliche Beseitigungsaktion von Schrotträdern
(11.10.2010) Das Baureferat führt auch dieses Jahr wieder in Zusammenarbeit mit der Polizei eine stadtweite Schrottrad-Beseitigungsaktion vom 18. bis 29. Oktober durch. Start ist um 10 Uhr in der Landschaftstraße (hinter dem Rathaus). Alle Bürgerinnen und Bürger werden deshalb gebeten, das Baureferat dabei zu unterstützen und schon vorher ihre ausrangierten Fahrräder oder Fahrradteile aus den öffentlichen Fahrradständern, von Verkehrszeichen oder Ampel- bzw. Beleuchtungsmasten, etc. zu entfernen und in den städtischen Wertstoffhöfen zu entsorgen.
Der Radverkehr in München hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Leider hat sich – als negative Begleiterscheinung dieser erfreulichen Entwicklung – mit Zunahme des Radverkehrs auch die Anzahl an Schrotträdern erhöht, die besonders an neuralgischen Punkten wie U-Bahn-Stationen und anderen öffentlichen Fahrradabstellanlagen abgestellt werden. Diese Räder bieten einen unerfreulichen Anblick und nehmen anderen Radfahrerinnen und Radfahrern die Möglichkeit, die Abstellanlagen zu nutzen. Rechtlich zulässig ist die Beseitigung von eindeutig als Schrott erkennbaren Rädern oder Fahrradteilen. Diese erfolgt in Zusammenarbeit mit der jeweiligen Polizeiinspektion. Darüber hinaus lässt die Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte derzeit lediglich zu, dass Fahrräder, die in

grob sicherheitsgefährdender oder verkehrsbehindernder Weise abgestellt sind, entfernt werden dürfen.
Letztes Jahr wurden allein innerhalb des Mittleren Rings rund 1.700 Schrotträder während des Jahres sowie in der stadtweiten Schrottradaktion im November 2009 weitere 1.909 entfernt.
Achtung Redaktionen: Für Medienvertreter besteht die Möglichkeit, den Start der Aktion am Montag, 18. Oktober, ab 10 Uhr hinter dem Rathaus in der Landschaftstraße zu filmen beziehungsweise zu fotografieren.

Performance „DREI / 3 / III" zur Langen Nacht der Museen im MaximiliansForum

(11.10.2010) Als Ausgangspunkt der für das MaximiliansForum entwickelten Performance „DREI / 3 / III" von Mirko Hecktor und Daniel Kluge (München), Alexander Giesche, Florian Kauß und Lea Letzel (Justus Liebig Universität Gießen) diente „Der Garten der Lüste", ein Triptychon des niederländischen Malers Hieronymus Bosch. Während der Entwicklung der Performance wurden verschiedene zeitgenössische Konzepte von Weltordnung und Raumkonstruktion performativ erkundet und immer wieder auf den realen Raum des MaximiliansForum zurückgeführt, der in seiner Beschaffenheit einem Triptychon ähnelt.
Zur ästhetischen Umsetzung neu entstandener, imaginärer Raum-Konstruktionen bedienen sich die Künstler Neuer Medien: Zwölf miteinander vernetzte Macbooks dienen als visuelle und akustische Grundlage der Performance. In der Annahme, dass die Struktur des Triptychons ein uraltes Prinzip der Weltordnung widerspiegelt, wird die Netzwerkverbindung zwischen den Protagonisten und den Medien als Ordnungsstruktur des 21. Jahrhunderts verstanden. Der Rechner, die Netzwerkverbindung und der User bilden zusammen die dominierende Einheit; die inhaltliche Ebene wird auf grafische Bilder reduziert. Die Zwedimensionalität der Displays wird durch die Choreografie der Performer im Raum aufgelöst. Die bewegten Bilder entfalten aus sich heraus einen Raum und erschaffen so eine temporäre Architektur.
„DREI / 3 / III" findet in Zusammenarbeit mit dem Münchner Kulturlabel „Peer to Space" und dem Institut für Angewandte Theaterwissenschaften der Justus-Liebig-Universität Gießen statt.
Die etwa halbstündige Performance wird in einer Preview am Donnerstag 14. Oktober, um 21 Uhr erstmals gezeigt. Zur „Langen Nacht der Museen" am Samstag 16. Oktober, läuft die Performance jeweils um 20, 22 und 24 Uhr im MaximiliansForum_Passage für interdisziplinäre Kunst (Unterführung Alstadtring/Maximilianstraße). Zwischen den Live-Performances

und bis 2 Uhr gibt es Musik und Barbetrieb. Der Eintritt ist frei. Die Passage ist jederzeit öffentlich zugänglich.
Weitere Informationen unter *www.maximiliansforum.de.*

Info-Point „Engagiert leben in München“
(11.10.2010) Bürgerinnen und Bürger, die sich im Oktober über Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements in München informieren möchten, sind eingeladen zum Info-Point „Engagiert leben in München“ am Mittwoch, 13. Oktober, von 11 bis 18 Uhr in der Stadt-Information im Rathaus.
Von 11 Uhr bis 14.30 Uhr präsentieren sich:

- Stiftung Gute-Tat.de: Das Freiwilligen-Netzwerk für ein kurzzeitiges, gezieltes Engagement in gemeinnützigen Projekten und Einrichtungen will die spontane und individuelle Hilfe von Mensch zu Mensch fördern. Dafür werden freiwillige Helferinnen und Helfer jeden Alters und Berufs beraten und vermittelt. Kontakt: Petra Bauer-Wolfram, Rufnummer 45 47 50 04, p.bauer-wolfram@gute-tat.de
- wohlBEDACHT – Wohnen für dementiell Erkrankte e.V.: In zwei Wohngemeinschaften im Osten Münchens leben demenziell Erkrankte, die sich über Besuche, Begleitung bei Spaziergängen und die Übernahme kleiner Erledigungen freuen. Bewohner ohne Angehörige suchen Wohnpaten, die in Abstimmung mit dem gesetzlichen Betreuer ihr häusliches Wohnen in der Wohngemeinschaft unterstützend begleiten. Kontakt: Annette Arand, Telefon 81 32 03 00, annette.arand@wohlbedacht.de.

Von 14.30 bis 18 Uhr präsentieren sich:

- Tatendrang München – eine Beratungs- und Vermittlungsstelle für Münchner Bürgerinnen und Bürger, die sich im Sinne von „Spenden Sie Zeit statt Geld“ engagieren möchte. Tatendrang München ist weltanschaulich und politisch neutral. Beim Info-Point werden erste Informationen und allgemeine Tips zum Engagement angeboten. Die Mitarbeiterinnen der Freiwilligen-Agentur beraten individuell und vermitteln in den sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich. Kontakt: Monika Nitsche, Telefon 2 90 44 65, *www.tatendrang.de*
- Schülerpatenschaften an Münchner Realschulen: Der schulpsychologische Dienst sucht Ehrenamtliche, die Freude daran haben, eine Patenschaft von zwei bis drei Wochenstunden für eine Realschülerin/einen Realschüler zu übernehmen. Schwerpunkte der Tätigkeit können entweder die Hausaufgabenhilfe oder die Freizeitgestaltung sein. Kontakt: Dr. Anita Plattner, Pädagogisches Institut/Zentraler Schulpsychologischer Dienst, Telefon 2 33-2 64 89, anita.plattner@muenchen.de.

Weitere Informationen unter *www.muenchen.de/engagiert-leben* oder *www.foebe-muenchen.de.* Freiwilliges Engagement macht Spaß, bildet weiter, macht Sinn und unterstützt eine solidarische Stadtgemeinschaft. Die nächsten Termine des Münchner Info-Points sind: 10. November, 1. Dezember.

Unfallkasse: Ausstellung im Verkehrszentrum München

(11.10.2010) Wer nicht bei der Sache ist, riskiert einen Unfall. Die Folgen solcher Kopflosigkeit können verheerend sein. Die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung in Bayern, der Bayerische Gemeindeunfallversicherungsverband, die Unfallkasse München und der Landesverband Südost der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung, stellen im Verkehrszentrum München des Deutschen Museums die Kampagne „Risiko raus" vor, die die Verantwortung für sich und andere stärken will – beim Transport im Betrieb genauso wie auf dem Arbeits- oder Schulweg.
Rund 230.000 Arbeitsunfälle mit 150 Toten jährlich allein beim innerbetrieblichen Transport passierten 2009, dazu kamen 23.000 Arbeits- und Dienstwegeunfälle im Straßenverkehr, von denen 170 tödlich endeten. Grund genug für die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung in der zweijährigen Kampagne „Risiko raus" an alle zu appellieren, sich der Gefahren bewusst zu sein und auf sich und andere zu achten.
Die Ausstellung ist im Verkehrszentrum München vom 14. bis 31. Oktober zu sehen. Neben den Plakaten gibt es unterhaltsame Zeichentrickfilme sowie vom 14. bis 16. Oktober (Lange Nacht der Museen) attraktive Überschlagsimulatoren und Mitmachaktionen.
Anfahrt: Deutsches Museum Verkehrszentrum, Theresienhöhe 14a.
U-Bahnen: U 4/U 5 und Bus 134 Haltestelle Schwanthalerhöhe.
Pressekontakt: Unfallkasse München, *www.unfallkasse-muenchen.de,* Telefon 36 09 33 85, Fax 36 09 32 02, *bkroetz@ukmuenchen.de*

Leistungswettbewerb der Bäcker an Städtischer Berufsschule

(11.10.2010) Am 14. Oktober findet in der Städtischen Berufsschule für Bäcker und Konditoren im Gebäude am Simon-Knoll-Platz 3 ein Leistungswettbewerb für die Auszubildenden statt, die in der Zwischenprüfung die besten Leistungen gezeigt haben. Das Programm verlangt die Herstellung von Semmeln, Broten, Plunder- oder Blätterteiggebäck, Hefezöpfen und einem Schaugebäck zum Thema „Erntedank". Der Wettbewerb beginnt um 7.30 Uhr und dauert einschließlich der Gestaltung einer Vitrine mit den erstellten Backwaren 4,5 Stunden. Im Anschluss erfolgt die Preisverleihung.

Ab 13 Uhr kann sich die Öffentlichkeit von der Qualität der hergestellten Backwaren überzeugen. Vertreterinnen und Vertreter der Presse sind ebenfalls herzlich eingeladen, sich von der Leistungsfähigkeit der jungen Handwerkerinnen und Handwerker zu überzeugen.

Duo Faltsch Wagoni in der Stadtbibliothek Moosach

(11.10.2010) Am Donnerstag, 14. Oktober, kommt das Duo Faltsch Wagoni mit seinem Kabarett „Wort & Wild: Artgerechte Unterhaltung" in die Stadtbibliothek Moosach. Faltsch Wagoni alias Silvana und Thomas Prosperi sind bekannt für eigenwilliges und rasantes Kabarett mit viel schräger Musik, Wortwitz und Sprachgewalt und umwerfender Komik. In ihrem Programm „Wort & Wild: Artgerechte Unterhaltung" begeben sich Faltsch Wagoni auf eine urkomische Safari rund um das Thema Mensch und Natur und fragen sich augenzwinkernd: Sind wir eigentlich noch bio? Sind wir Elementarteilchen oder gefühlte Primaten? Taffe Affen? Halb so Wilde? Naturbanausen in freier Kultur mit Animal Charme auf dem sturzblauen Planeten der Lackaffen? Mit poetischen Worten, wilden Gesängen, beschwörender Trommel-Lust und groovenden Gitarren forschen sie satirisch nach menschlichen Gründen und Abgründen, nach Ursprung und Urvieh.
Faltsch Wagoni wurde von Silvana und Thomas Prosperi ursprünglich als Musikgruppe gegründet. Doch schon bald erweiterten sie ihr spielerisches Spektrum und verblüfften über die Jahre mit ihren fantasievollen komisch-musikalischen Wortbeat-Produktionen. 1997 gewannen sie den Kabarettpreis der Stadt München, 2006 erhielten sie den Sonderpreis des deutschen Kabarettpreises.
Die Veranstaltung der Stadtbibliothek Moosach, Hanauer Straße 61 a, beginnt um 20 Uhr, Einlass ab 19.30 Uhr. Eintrittskarten zu 10 Euro sind ab sofort in der Stadtbibliothek Moosach erhältlich. Telefonische Kartenvorbestellungen sind unter 3 09 05 47 90 möglich.

Führung durch die Ausstellung „Das Oktoberfest 1810 - 2010"

(11.10.2010) Nana Koschnick führt am Donnerstag, 14. Oktober, 16 Uhr, auf den Spuren der 200-jährigen Festgeschichte durch die Ausstellung „Das Oktoberfest 1810 - 2010" im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, und vergegenwärtigt anhand von zahlreichen Objekten, Ton- und Bildzeugnissen den Wandel vom bayerischen Nationalfest monarchischer Prägung zum größten Bierfest der Welt mit bayerischem Image. Treffpunkt ist im Foyer. Der Museumseintritt kostet 6 Euro, ermäßigt 3 Euro. Die Führungsgebühr beträgt 6 Euro.
Die Ausstellung „Das Oktoberfest 1810 - 2010" ist dienstags immer abends bis 21 Uhr geöffnet.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Montag, 11. Oktober 2010

Sanierung und Erweiterung der Grundschule an der Grandlstraße
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Ursula Sabathil und Josef Schmid (CSU)

B-Plan 1971 ehemaliges Bahnbetriebswerk BW 4: Lebendige Bahn-Tradition und städtebauliche Moderne in Berg-am-Laim verbinden
Antrag Stadtrats-Mitglieder Robert Brannekämper, Eva Caim und Dr. Georg Kronawitter (CSU)

Freimann: Beeinträchtigungen von Anliegern durch Besucher des Flohmarktes im ehemaligen Ausbesserungswerk
Anfrage Stadtrat Richard Quaas (CSU)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Josef Schmid **Ursula Sabathil**

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

ANFRAGE
11.10.10

Sanierung und Erweiterung der Grundschule an der Grandlstraße

Am 19.11.2009 haben wir folgenden Antrag eingereicht:

1. *Die Landeshauptstadt München lobt umgehend einen Architektenwettbewerb für die dringend notwendige Erweiterung der Grandlschule aus. Der örtlich zuständige Bezirksausschuss ist in die Vorbereitungen und die Durchführung des Wettbewerbs adäquat einzubinden.*

2. *Die Sanierungsarbeiten werden unabhängig von der Erweiterung vorgezogen und sofort in Angriff genommen.*

3. *Der Stadtrat wird über den Planungsstand informiert.*

Begründung:

Bereits im Mai 2008 hat der Stadtrat die seit vielen Jahren notwendige Sanierung und Erweiterung des Schulgebäudes der Grundschule an der Grandlstraße beschlossen. Im Juli 2009 mussten Vertreter des Schul- und Baureferates dem örtlichen BA gegenüber einräumen, dass bisher keinerlei Planungen erfolgt sind. Gleichzeitig wurde aber zugesagt, dass die Bearbeitung umgehend erfolgt und bis Ende Januar 2010 ein Architektenwettbewerb ausgelobt wird. Eine weitere Verzögerung der Baumaßnahmen ist nicht mehr hinnehmbar.

Laut Geschäftsordnung hätte der Antrag bis 19.02.2010 behandelt werden müssen. Obwohl die Verwaltung dies plante und ihn mehrmals zur Befassung für den Schul- und Sportausschuss anmeldete, hat ihn die 2. Bürgermeisterin im April 2010 endgültig abgesetzt. Fristverlängerung wurde nicht beantragt.

CSU-Stadtratsfraktion,
Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de

Wir fragen deshalb:

1. Wie erklärt sich dieser Vorgang?

2. Aus welchen Gründen wurde der Antrag von der 2. Bürgermeisterin abgesetzt?

3. Warum wurden die Antragsteller nicht informiert?

4. Wann wird der Antrag endlich behandelt und der Stadtrat entsprechend informiert?

5. Wie kann - wie in vielen anderen Fällen auch - von der Verwaltung hartnäckig gegen die Geschäftsordnung des Stadtrates verstoßen werden, ohne dass das Konsequenzen nach sich zieht?

gez.
Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

gez.
Ursula Sabathil, Stadträtin
stv. Fraktionsvorsitzende

Robert Brannekämper Eva Caim Dr. Georg Kronawitter

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Antrag
11.10.06

B-Plan 1971 ehemaliges Bahnbetriebswerk BW 4: Lebendige Bahn-Tradition und städtebauliche Moderne in Berg-am-Laim verbinden

Der Stadtrat möge beschließen:

1) Es wird ein Konzept dargestellt, wie - ohne Belastungen für den Haushalt der Stadt München und ohne Zusatzbelastung für den Planungsbegünstigten - auf dem Areal des ehemaligen Bahnbetriebswerk 4 (BW 4) die im ohnehin nicht überplanten Nordbereich noch vorhandenen Denkmäler der Bahn- und Industriekultur gesichert und einer lebendigen Zukunft zugeführt werden. Hierbei handelt es sich vor allem um ein typisches Stellwerksgebäude und eine Lokdrehscheibe aus den 1920er Jahren sowie das Infrastruktur-Umfeld.

2) Wesentliches Merkmal des Konzepts muss die tragende Rolle ehrenamtlich geprägter Vereine aus der Bahnszene sein. An erster Stelle ist hier das „Bayerische Eisenbahnmuseum e.V.“ (www.bayrisches-eisenbahnmuseum.de) zu nennen, das vor drei Jahrzehnten in München gegründet wurde, mehrere erfolgreiche eisenbahnhistorische Projekte in Bayern betreibt und schon 2002 großes Interesse an einer eisenbahnhistorischen Nutzung des fraglichen Areals schriftlich bekundet hat. Ebenso zu berücksichtigen ist der in München tätige „Bayerische Localbahnverein e.V.“ (www.localbahnverein.de) und die BSW Gruppe München, die das Museums-Betriebswerk in Garmisch (www.bwgarmisch.de) mit betreut hat.

3) Ziel der Einbindung der Bahn-Vereine muss sein, dass die Pflege der vor Ort noch vorhandenen Bahn- und Industriedenkmäler in voller finanzieller, rechtlicher und inhaltlichen Verantwortung an die Vereine übergeht.

4) Sollte seitens der aktiven Vereine die Absicht bestehen, die vorhandene Gleisinfrastruktur inklusive der Drehscheibe in einen (museums-)betriebsfähigen Zustand zu versetzen, so wird seitens der Stadt grundsätzliche Zustimmung signalisiert.

5) Bei der Erarbeitung des Konzepts sind neben den Eisenbahn-Traditionsvereinen das Eisenbahnbundesamt, die betroffenen Teile der DB AG, insbesondere DB Netz AG, die Denkmalschutz-Dienststellen, das Kulturreferat sowie das Tourismusamt neben weiteren betroffenen städtischen Dienststellen einzubinden.

Begründung:

Am diesjährigen Tag des Offenen Denkmals am 12. Sept. 2010 nahmen über 600 Besucherinnen und Besucher die letzte Gelegenheit wahr, das Gelände des ehemaligen BW 4 in Berg-am-Laim zu besichtigen. Nicht wenige Besucher waren aus ganz Oberbayern angereist, was die eisenbahnhistorische Bedeutung dieses zum weitgehenden Abriss bestimmten Gebäudebestandes unterstreicht.

Viele Besucher konnten sich davon überzeugen, dass sich im Nordteil des Areals eine in hohem Maße noch intakte, z.T. wohl auch immer noch für die Bahnbaustellenlogistik genutzte Bahninfrastruktur in Form von Abstellgleisen befindet. Diese weisen z.T. schon Betonschwellen auf, d.h. sie sind also in relativ gutem Zustand.

Auch die Lokdrehscheibe – übrigens das letzte (!) noch in München vorhandene Exemplar ihrer Gattung – macht einen instandsetzungsfähigen Eindruck. Mehr Aufwand muss man sicher in den Erhalt des kleinen Stellwerksgebäudes stecken, das die üblichen Spuren jahrzehntelanger Vernachlässigung aufweist, aber noch rettbar erscheint.

Dass der Vorschlag, den „Ball“ im beschriebenen Sinne an Eisenbahntraditionsvereine weiterzureichen, realistisch ist, zeigen folgende Überlegungen:

- München war schon vor über vierzig Jahren Hort und Ausgangspunkt sehr erfolgreicher Vereine für die Pflege der Bahntradition aber auch des heute bundesweit aufgestellten Fahrgastverbandes PRO BAHN e.V. Die Gründer des „Bayerischen Eisenbahnmuseums e.V.“ waren Münchner, die allerdings mit ihrem Anliegen in ihrer Heimatstadt nicht Fuß fassen konnten, z.B. mit dem Projekt eines Museumsbetriebs auf dem innerstädtischen Abschnitt der legendären „Isartalbahn“. In der Folge bildeten sie „Kolonien“ seit 1985 in Nördlingen mit der Übernahme eines großen ehemaligen Dampflokbetriebswerks. Seither wurde dieses BW ausschließlich durch den Einsatz ehrenamtlicher Helfer Zug um Zug mustergültig restauriert und für den Museumsbetrieb wiederbelebt. Schon am 27.2.2002 schrieb der Verein an die damaligen Mitglieder des Kulturausschusses des Münchner Stadtrats:
  „Der Verein „Bayerisches Eisenbahnmuseum“ ist bereits 1969 als „Eisenbahnclub München“ entstanden. Fehlende Möglichkeiten zum Abstellen und rigorose Planungen der Deutschen Bundesbahn erzwangen allerdings 1985 den Umzug nach Nördlingen. Mit über 100 Mitgliedern aus München ist der Verein aber nach wie vor fest in dieser Stadt verankert und deswegen bemühen wir uns weiterhin um einen hiesigen Standort zu erhalten.“

- Regelmäßig führt der Bayerische Localbahnverein e.V. in München und mittlerweile wieder im Tegernseer Tal gut besuchte und vor allem bei jungen Familien beliebte Sonderfahrten mit einer ihrer historischen Garnituren durch, die wegen Rückbau aller in Frage kommender Bahnanlagen in München aus Landshut zugeführt werden muss. Der „Localbahnverein“ ist auch Träger des Localbahnmuseums in Bayrisch Eisenstein, der Vorstand wohnt in München.

- Jüngstes bayrisches Beispiel für das hohe ehrenamtliche Engagement-Potenzial der Bahnfans ist die Wiederinbetriebnahme – ebenfalls am „Tag des offenen Denkmals 2010“ - der 50 km langen Ilztalbahnstrecke zwischen Passau und Freyung, die nur durch den überwältigenden Einsatz ehrenamtlicher Mitarbeiter möglich war (www.ilztalbahn-gmbh.de/).

Es gibt also keinen Grund daran zu zweifeln, dass es auch in München ein überwältigendes Engagement für diese einmalige Aufgabenstellung geben wird.

Dem Stadtrat muss bewusst sein, dass dieses kleine Areal zumindest rechts der Isar die einzige noch vorhandene Chance bietet, der mit der Großstadtwerdung Münchens im 19. und frühen 20. Jahrhundert untrennbar verbundenen Entwicklung des Münchner Bahnnetzes im Sinne einer lebenden Museumstradition Rechnung zu tragen, ohne dass der Stadthaushalt belastet wird.

Dem Stadtrat muss auch bewusst sein, dass es auch für den Tourismusstandort München nicht schaden kann, die Verluste, die durch dauerhafte Auslagerung fast des ganzen Eisenbahn-Rollmaterials des Deutschen Museums in die 120 km entfernte Lokwelt Freilassing entstanden sind, durch einen überschaubaren und dem *genius loci* adäquaten, ehrenamtlich betreuten Museumsbetrieb zu kompensieren.

Robert Brannekämper Stadtrat	Eva Caim Stadträtin	Dr. Georg Kronawitter Stadtrat

Die Anlage kann im Presse- und Informationsamt angefordert werden.

Richard Quaas

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus-Marienplatz
80331 München

ANFRAGE
11.10.10

Freimann: Beeinträchtigungen von Anliegern durch Besucher des Flohmarktes im ehemaligen Ausbesserungswerk

Der wöchentlich stattfindende Flohmarkt auf dem Gelände des ehem. Bahn-Ausbesserungswerkes in Freimann ist ein großer Publikumserfolg und eine feste Institution in dieser Sparte.
Dieser Erfolg bringt aber auch einige Unannehmlichkeiten für die Anlieger und Nachbarn des Flohmarktgeländes mit sich, die diese oft nicht mehr oder nur mit großem finanziellen Aufwand in den Griff bekommen könnten.
So sind insbesondere Grundstückseigentümer in der Maria-Probst-Straße im Euro-Park an den Wochenenden durch unerlaubt abgestellte Autos und durch illegale Müllentsorgung der Flohmarktbesucher auf ihren Grundstücken, bzw. Firmengeländen erheblich in ihrer Nutzung eingeschränkt. Hausmeistern der Besitzer, die solche illegalen Nutzer auf ihre Verstöße hingewiesen haben, wurden regelrecht bedroht, insbesondere von Besuchern und Händlern, deren Autos überwiegend osteuropäische Kennzeichen hatten.
Beschwerden beim Veranstalter und bei der Stadt haben bislang zu keinem Erfolg geführt, sondern nur zu Hinweisen - wie z.B.durch die Bezirksinspektion - dass man ja – auf eigene Kosten! – abschleppen lassen, einen Sicherheitsdienst beauftragen und bei Bedrohungen die Polizei rufen könnte. Da diese Störungen von einer gewerblichen Veranstaltung ausgehen, kann das nicht der Lösungsansatz sein.
Auch die Stadt ist in dem Grünzug an der Maria-Probst-Straße Woche für Woche von diesen Zuständen selbst betroffen.

Ich frage deshalb den Oberbürgermeister:

1. Sind der zuständigen Referatsleitung die Zustände rund um das Flohmarktgelände in Freimann bekannt und was wurde bislang von Seiten der Stadt, bzw. der Genehmigungsbehörden unternommen, um die Belastungen der Anlieger in zumutbaren Grenzen zu halten?

2. Welche Auflagen gibt es für den Flohmarktveranstalter, die das Umfeld des eigentlichen Flohmarktes betreffen?

3. Gibt es Möglichkeiten der Stadt, wie bei anderen Veranstaltungen auch, dass z.B. durch Auflagen, der Flohmarktbetreiber verpflichtet wird, durch eigene Ordnungskräfte auch im Umfeld für hinnehmbare Verhältnisse bei den Nachbarn zu sorgen, die durch Händler und Besucher der Veranstaltung stark beeinträchtigt werden?

Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de
Richard Quaas; Neurißweg 19; 80939 München; email: rquaas@yahoo.de

4. Wenn ja, warum wurde davon bislang kein Gebrauch gemacht, bzw. warum wurde die Nichtbeachtung bislang nicht verfolgt?

5. Wenn nein, warum kann die Stadt für solche Dauergroßveranstaltungen wie diese keine Regelungen treffen?

6. Die Stadt ist als Grundeigentümer des direkt benachbarten Grünanlagenzuges entlang der Maria-Probst-Straße augenscheinlich, Wochenende für Wochenende, auch von diesen Verhältnissen betroffen, was unternehmen die zuständigen städt. Dienststellen selbst gegen illegal dort abgestellte Fahrzeuge und gegen die Deponierung von Verpackungsmüll und unverkaufter Ware in den Grünanlagen?

gez.
Richard Quaas, Stadtrat
stv. Fraktionsvorsitzender